

Niederschrift

über die in der 27. Sitzung des Kreisausschusses
am 23.11.2017 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Be-
schlüsse
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:08 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:33 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:33 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:38 Uhr

anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Düllings, Paul	Issum
Mulder, Andy	Kleve
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Höhn, Birgitt	Kevelaer
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Heinricks, Michael	Kerken

entschuldigt sind

Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Reuter, Tim	Geldern

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Lamers, Silke
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

- - - - -

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Antrag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung vom 21.11.2017: Behandlung des TOP 23 „Zukünftige Filial- und SB-Struktur der Sparkasse Rhein-Maas“ im öffentlichen Teil der Sitzung
- Anlage zu den TOP 3 und 4: öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Prüfungsausschusses am 13.11.2017
- Ergänzungsvorlage 699_1/WP14 zu TOP 6
- Ergänzungsvorlage 711_1/WP14 zu TOP 8
- Ergänzungsvorlage 712_1/WP14 zu TOP 9
- Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.11.2017 zu TOP 23 „Zukünftige Filial- und SB-Struktur der Sparkasse Rhein-Maas“

Landrat weist auf den Antrag der SPD –Fraktion vom 21.11.2017 zur Tagesordnung hin.

Herr Franken führt aus, dass die Antragstellung aus formellen Gründen auch für die Sitzung des Kreisausschusses erfolgte, obwohl keine Bedenken bestehen, den Tagesordnungspunkt 23 passieren zu lassen.

Landrat erklärt zum Protokoll, dass über den Antrag der SPD-Fraktion auch dann im Kreistag beraten werden kann, wenn der Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses nicht aufrechterhalten wird und nur für die Sitzung des Kreistages gestellt wird.

Die Sitzung wird auf Antrag von Herrn Franken von 16.17 Uhr bis 16.22 Uhr unterbrochen.

Herr Franken erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung für die Sitzung des Kreisausschusses zurückgenommen wird. Die Antragstellung für die Sitzung des Kreistages wird aufrechterhalten.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1. | Ersatzwahlen
Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve | 727/WP14 |
| 2. | Beitritt des Kreises Kleve zum Förderverein Wildtiertrauffangstation
im Kreis Kleve e.V.i.G. | 733/WP14 |
| 3. | Abschlussbericht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Kreises Kleve durch die Gemeindeprü-
fungsanstalt (GPA) NRW | 708_2/WP14 |

4. Abschlussbericht zur überörtlichen Prüfung der Informationstechnik des Kreises Kleve durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW 709_2/WP14
5. Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.10.2017 744/WP14
6. Errichtung und Änderung von Bildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve;
1. Fachpraktiker personale Dienstleistungen
2. Fachpraktiker Küche 699/WP14
7. Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve;
Fachschule für Wirtschaft - Fachrichtung Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Personalwirtschaft 700/WP14
8. Errichtung von dualen Bildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve zum 01.08.2018;
1. Chemielaborant / Chemielaborantin; Chemikant / Chemikantin
2. Fachinformatiker / Fachinformatikerin 711/WP14
9. Errichtung und Änderung von Vollzeitbildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve zum 01.08.2018;
1. Berufliches Gymnasium Gesundheit
2. Berufsfachschule 1/2 Gesundheit mit dem Schwerpunkt Körperpflege
3. Fachschule für Sozialpädagogik 712/WP14
10. Förderung von Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Richtlinien des Kreises Kleve zur Förderung von Investitionsmaßnahmen im Bereich der Kultur- und Heimatpflege;
900 Jahre Hommersum 701/WP14
11. Beschluss über den Jahresabschluss 2016, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses 721/WP14
12. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 02 Emmerich am Rhein - Kleve
Beschlussfassung zum Aufstellungsverfahren 717/WP14
13. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck - Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (21. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geldern ‚Veert-Lüßfeld‘) 715/WP14
14. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 - Geldern-Issum - Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Issum im Zusammenhang mit der Ausweisung einer Konzentrationszone für Windenergie (1. Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Issum) 716/WP14

- | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 15. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk
- Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Straelen (19. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Straelen und Aufstellung des Bebauungsplans Straelen Nr. 58 ‚Auf dem Brand‘ im Parallelverfahren) | 714/WP14 |
| 16. | Umsetzung der Reitregelung nach dem LNatSchG | 720/WP14 |
| 17. | Erhalt des Angebotes eines Sozialtickets
Antrag der Kreistagsfraktion der B90/DIE GRÜNEN vom 19.10.2017 | 726/WP14 |
| 18. | Pflegeschnitte an den Sichtachsen am Moritzpark
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.10.2017 | 728/WP14 |
| 19. | Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
Entwurf des Nahverkehrsplanes des Kreises Kleve | 725_1/WP14 |
| 20. | Mitteilungen | 654/730/WP14 |
| 21. | Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 22. | Abberufung als Prüferin und Leiterin der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung;
Bestellung als Leiterin und Prüferin der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung | 732/WP14 |
| 23. | Zukünftige Filial- und SB-Struktur der Sparkasse Rhein-Maas
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.11.2017 | 745/WP14 |
| 24. | Vorbereitung einer Gesellschafterversammlung
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (KKA GmbH) | 734/WP14 |
| 25. | Grundstücksangelegenheiten
Erwerb zweier Flurstücke in der Gemarkung Salmorth | 722/WP14 |
| 26. | Grundstücksangelegenheiten
Erwerb von Flächen zum Neubau eines Radweges | 729/WP14 |
| 27. | Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 50 Abs. 3 S. 1 KrO NRW
Erwerb eines bebauten Grundstückes in Kleve und Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung | 735/WP14 |
| 28. | Mitteilungen | |
| 29. | Anfragen | |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 727 /WP14

Ersatzwahlen
Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Herr Johann Bongardt wird als Mitglied für die Stadt Rees in das Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve gewählt.
2. Herr Josef Theysen wird als stellvertretendes Mitglied für die Stadt Rees in das Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve gewählt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 733 /WP14

Beitritt des Kreises Kleve zum Förderverein Wildtierauffangstation im Kreis Kleve e.V.i.G.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve tritt dem „Förderverein Wildtierauffangstation im Kreis Kleve e.V.i.G.“ bei und zahlt einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 50 €.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 708 _2/WP14

Abschlussbericht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Kleve durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Abschlussbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur überörtlichen Prüfung der 2015/2016 der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises Kleve sowie der Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Rechnungsprüfungsausschusses werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 709 _2/WP14

Abschlussbericht zur überörtlichen Prüfung der Informationstechnik des Kreises Kleve durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW

Frau Eicker führt aus, dass dem Bericht zu entnehmen ist, dass aus Sicht des Kreises Kleve eine andere Abrechnungsart des KRZN wünschenswert bzw. wirtschaftlicher und mehr Transparenz erforderlich wäre. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Änderung in den Gremien angestrebt werden kann. Frau Eicker bittet um Einschätzung zu den Erfolgsaussichten.

Landrat antwortet, dass Änderungen aktiv angestrebt und nachdrücklich gefordert werden. Da die Interessen nicht hundertprozentig deckungsgleich sind und eine Mehrheit benötigt wird, kann eine Prognose zu den Erfolgsaussichten nicht abgegeben werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Abschlussbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur überörtlichen Prüfung der Informatik des Kreises Kleve, die Stellungnahme an die GPA NRW, die Stellungnahmen der Verwaltung sowie der Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Rechnungsprüfungsausschusses werden zur Kenntnis genommen.

Vorlage Nr. 744 /WP14

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums im Kreis Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.10.2017

Herr Franken führt aus, dass der Antrag auf Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums von der SPD-Fraktion nicht erstmalig gestellt wird. Bislang ergingen im Kreisausschuss und Kreistag ablehnende Beschlüsse. Der Antrag wird nunmehr aufgrund einer geänderten Gemengelage erneut gestellt. Er erklärt das Einverständnis mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise.

Frau Ulrich sagt, dass der Beschlussvorschlag als richtig erachtet wird. Das jetzt laufende Programm endet am Jahresende. Noch gibt es keine konkrete neue Vereinbarung. Diese wird rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen vorliegen. Dann erfolgt auf dieser Grundlage eine ergebnisoffene Diskussion.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.10.2017 wird ohne Einbringung in den Kreistag unmittelbar in die Haushaltsberatungen verwiesen.

Vorlage Nr. 699 /WP14

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Errichtung und Änderung von Bildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve;
1. Fachpraktiker personale Dienstleistungen
2. Fachpraktiker Küche

Herr Heinrichs sagt, dass der Beschlussvorschlag eine rückwirkende Einrichtung der Bildungsgänge zum 01.08.2017 vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf vorsieht. Er fragt, was passiert, wenn die Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf nicht erteilt wird und wie sich dies auf die Personen auswirkt, die sich für die Bildungsgänge angemeldet haben.

Landrat führt aus, dass eine rechtliche Rückabwicklung vorzunehmen wäre. Die Personen, die sich angemeldet haben, würden kein Angebot für die Zukunft mehr bekommen. Frau Boxnick ergänzt, dass die Frage eher theoretischer Natur ist. Es erfolgt eine enge Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf. Bislang ist der Fall, dass eine Genehmigung für eine rückwirkende Einrichtung nicht erteilt wurde, noch nicht eingetreten.

Landrat weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag entsprechend der Ergänzungsvorlage 699_1/WP14 zur Abstimmung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf werden rückwirkend zum 01.08.2017 folgende Bildungsgänge gemäß APO-BK Anlage A 1.1 am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve jeweils einzügig geführt:

1. Fachpraktiker personale Dienstleistungen
2. Fachpraktiker Küche

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 700 /WP14

Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve;
Fachschule für Wirtschaft - Fachrichtung Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt
Personalwirtschaft

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird zum Schuljahr 2018/19 der Bildungsgang Fachschule für Wirtschaft - Fachrichtung Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Personalwirtschaft - nach Anlage E 3 APO-BK am Berufskolleg Geldern, Schulnummer 173708, einzügig eingerichtet.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 711 /WP14

Errichtung von dualen Bildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve zum 01.08.2018;

1. Chemielaborant / Chemielaborantin; Chemikant / Chemikantin
 2. Fachinformatiker / Fachinformatikerin
-

Herr Engler weist darauf hin, dass in der Vorlage begründet wird, warum für die neu einzurichtenden Bildungsgänge der Standort Kleve gewählt wird. Er fragt, ob bei den Überlegungen, neue Bildungsgänge einzurichten, auch der Standort Goch berücksichtigt wird.

Frau Boxnick antwortet, dass die Schule den Standort für die Bildungsgänge vorschlägt. Aus der Vergangenheit heraus gibt es durchaus auch andere Vorschläge, deren Durchführung am Standort Goch möglich waren.

Landrat weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag entsprechend der Ergänzungsvorlage 711_1/WP14 zur Abstimmung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf werden zum 01.08.2018 am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve folgende Bildungsgänge der dualen Ausbildung gemäß APO-BK Anlage A 1.1 jeweils einzügig eingeführt:

1. Chemielaborant / Chemielaborantin; Chemikant / Chemikantin (mit einer gemeinsamen Beschulung im ersten Ausbildungsjahr)

2. Fachinformatiker / Fachinformatikerin Fachrichtung Systemintegration

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 712 /WP14

Errichtung und Änderung von Vollzeitbildungsgängen am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve zum 01.08.2018;

1. Berufliches Gymnasium Gesundheit
 2. Berufsfachschule 1/2 Gesundheit mit dem Schwerpunkt Körperpflege
 3. Fachschule für Sozialpädagogik
-

Landrat weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag entsprechend der Ergänzungsvorlage 712_1/WP14 zur Abstimmung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf werden am Berufskolleg Kleve des Kreises Kleve folgende Bildungsgänge eingeführt bzw. erweitert:

1. Errichtung des Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Gesundheit und Soziales fachlicher Schwerpunkt Gesundheit (AHR/Freizeitsportleiter/Sport/Gesundheitsförderung/Biologie); APO-BK Anlage D 17; einzügig mit der Option auf zwei Züge" zum 01.08.2018
2. Errichtung des Bildungsganges "Berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten und einem dem Hauptschulabschluss nach Klasse 10 gleichwertigen Abschluss im Fachbereich Gesundheit/Erziehung und Soziales Berufsfeld Körperpflege; APO-BK Anlage B 1; einzügig mit Option auf zwei Züge" zum 01.08.2018
3. Errichtung des Bildungsganges "Berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten und mittlerer Schulabschluss (FOR) im Fachbereich Gesundheit/Erziehung und Soziales Berufsfeld Körperpflege; APO-BK Anlage B 2; einzügig mit Option auf zwei Züge" zum 01.08.2018
4. Erhöhung der Zügigkeit des Bildungsganges "Fachschule für Sozialwesen Fachrichtung Sozialpädagogik; APO-BK Anlage E 3; von drei Zügen auf vier Züge" zum 01.08.2017.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 701 /WP14

Förderung von Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Richtlinien des Kreises Kleve zur Förderung von Investitionsmaßnahmen im Bereich der Kultur- und Heimatpflege; 900 Jahre Hommersum

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Gemäß § 4 der Richtlinien des Kreises Kleve zur Förderung von Investitionsmaßnahmen im Bereich der Kultur- und Heimatpflege vom 14.12.2000 wird dem Heimat- und Verschönerungsverein e.V. Hommersum anlässlich des 900. Jubiläums der Ortschaft Hommersum ein Zuschuss zu den ungedeckten Investitionskosten von maximal 26.000,00 € zur Errichtung eines Backhauses gewährt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 721 /WP14

Beschluss über den Jahresabschluss 2016, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss 2016 in der durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Fassung fest.
2. Dem Landrat wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung erteilt.
3. Der in 2016 entstandene Jahresfehlbetrag wird durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 2.016.423,96 EUR gedeckt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 717 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 02 Emmerich am Rhein - Kleve
Beschlussfassung zum Aufstellungsverfahren

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Verwaltung wird unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Finanzierungsbeteiligung des Landes beauftragt, für den Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 2 – Emmerich am Rhein - Kleve das zum Satzungsbeschluss führende Verfahren gemäß § 14 (1) LNatSchG NRW durchzuführen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 715 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck - Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (21. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geldern ‚Veert-Lüßfeld‘)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt vorbehaltlich der landesplanerischen Zustimmung unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 12 – Geldern-Walbeck an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern, dass:

- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird und auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminderung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden,

- im Umweltbericht dargelegt wird, wie die im Landschaftsplan festgelegten Entwicklungsziele im Rahmen der Ausgleichsplanung berücksichtigt werden,
- eine landschaftsgerechte Eingrünung des neuen Baugebietes mit standortgerechten, heimischen Wildgehölzen auf öffentlicher Fläche erfolgt, die sowohl Sichtschutz- als auch ökologische Vernetzungsfunktion erfüllen soll.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 716 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 - Geldern-Issum - Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Issum im Zusammenhang mit der Ausweisung einer Konzentrationszone für Windenergie (1. Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Issum)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1.

die 1. Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Issum für die Konzentrationszone „Issum-Kapellen“ im vereinfachten Verfahren gemäß § 20 (2) LNatSchG durchzuführen und den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen betroffenen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

2.

im Rahmen des vereinfachten Änderungsverfahrens die allgemeinen Festsetzungen für Landschaftsschutzgebiete des Landschaftsplans Geldern-Issum um folgende Unberührtheitsregelung zu erweitern:

„h) die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplans; für die damit verbundenen Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Befreiung zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht“

Der Geltungsbereich der Unberührtheit ist in der Kartendarstellung gelb umrandet dargestellt.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 714 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk - Anpassung an die Bauleitplanung
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Straelen (19. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Straelen und Aufstellung des Bebauungsplans Straelen Nr. 58 ‚Auf dem Brand‘ im Parallelverfahren)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Straelen, sofern:

- die im landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) aufgeführten Vermeidungs-, Schutz- und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Ausführung kommen. Der LBP ist Teil des im Parallelverfahren aufgestellten Bebauungsplans Nr. 58 ‚Auf dem Brand‘;
- die im Artenschutzgutachten formulierten Vorgaben zur Einhaltung von Fristen und Durchführung geeigneter Artenschutzmaßnahmen umgesetzt werden.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 720 /WP14

Umsetzung der Reitregelung nach dem LNatSchG

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs zur Umsetzung der neuen Reitregelung die nach § 58 LNatSchG erforderliche Allgemeinverfügung zu erlassen (unter dem Vorbehalt, dass im laufenden Verfahren ggf. noch Änderungen vorgenommen werden können).

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 726 /WP14

Erhalt des Angebotes eines Sozialtickets

Antrag der Kreistagsfraktion der B90/DIE GRÜNEN vom 19.10.2017

Frau Höhn teilt mit, dass der Antrag aufrechterhalten wird. Der VRR hat öffentlich um Unterstützung und Hilfe gebeten. Es besteht aktuell Handlungsdruck. Das Sozialticket ist in Gefahr. Im Landtag wurde deutlich, dass im Landeshaushalt 2020 keine Finanzierung des Sozialtickets mehr beabsichtigt ist. Der Antrag wird als Unterstützung des Bestrebens des VRR gesehen.

Landrat bestreitet, dass es einen öffentlichen Aufruf des VRR mit dem Inhalt gibt, dass sich diejenigen, die im VRR verbunden sind, einzeln an die Landesregierung wenden sollen. Der Antrag zielt somit auf eine Unterstützung ab, die noch nicht erbeten wurde. Er kritisiert, dass der Antrag zum Inhalt hat, sich ohne den VRR und vorbei an diesem an die Landesregierung zu wenden. Das Sozialticket ist Thema beim VRR. Es laufen Gespräche bis hin zur Landesregierung. Der VRR ist dabei, seine Position zu finden. Die Vertretung durch den VRR ist exzellent. Dem VRR sollte der Raum gegeben werden, einen Vorschlag zu machen. Sich an dem VRR vorbei an die Landesregierung zu wenden, könnte ausgesprochen provinziell wirken. Unter Partnern sollte miteinander gesprochen und nicht aneinander vorbei gearbeitet werden.

Frau Eicker führt aus, den Eindruck gewonnen zu haben, dass es seitens des VRR gewünscht ist, dass sich die Kommunen an die Landesregierung wenden. Entsprechende Beschlüsse wurden in anderen Kommunen bereits gefasst. Die SPD-Kreistagsfraktion wird dem Antrag zustimmen. Der VRR bietet ein Sozialticket an, wenn dieses finanziert wird. Anders geht es nicht. Aus ihrer Sicht ist es der falsche Weg abzuwarten. Angesichts dessen, dass das Sozialticket in Gefahr ist, kann nicht genug Druck gegenüber dem Verursacher, also der Landesregierung, erzeugt werden. Es ist ein Anliegen der Kommunen und der Kreise, dass es ein Sozialticket gibt.

Herr Düllings erklärt, dass für Tarifstrukturen gilt, dass die Aufgabe über den NVN auf den VRR übertragen wurde. Der VRR ist ein großer und starker Partner, der Türen bei den Ministerien öffnen kann. Zurzeit werden beim VRR intensive Gespräche geführt und die Auswirkungen der im Haushalt vorgesehenen Kürzungen des Landesbudgets auf die Kosten für das Sozialticket berechnet. Nach seinem Eindruck ist - zumindest für das Jahr 2018 - eine gute Lösung in Sicht. Was mittelfristig pas-

siert gilt es abzuwarten. Auch hier sind die Gremien des VRR gefordert und arbeiten bereits jetzt an möglichen Lösungen für die Situationen, die eintreten könnten. Die Beschlussfassungen beim VRR sollten abgewartet werden. Der VRR ist die Interessenvertretung für die VRR-Region. Es ist der Angelegenheit nicht dienlich, wenn jede Kommune eigenständig aktiv wird. Die Dinge sind im Fluss und sind möglicherweise zur Sitzung des Kreistages bereits konkreter.

Herr Franken vertritt die Auffassung, dass es erforderlich ist, sich zu positionieren. Das Sozialticket ist gewollt. Landesweit sind mindestens 300.000 Personen betroffen. Die Planungen des Landes sehen einen kontinuierlichen Abbau der Landesförderung bis zum Jahr 2020 vor. Der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist eine deutliche Positionierung. Er regt an, den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in einen gemeinsamen Resolutionsantrag aller Fraktionen umzuwandeln.

Frau Höhn erklärt ihre Bereitschaft, bis zur Sitzung des Kreistages, nochmals mit dem VRR in Kontakt zu treten. Der Antrag entspricht dem Ansinnen des VRR.

Frau Ulrich meldet für die CDU-Kreistagsfraktion Beratungsbedarf an. Sie führt aus, dass Einigkeit in der Bewertung des Sozialtickets besteht. Das Sozialticket ist, auch für die Zukunft, gewollt und es wird eine auskömmliche Finanzierung benötigt. Der VRR hat bislang noch keine Entscheidungen getroffen. Diese werden so rechtzeitig getroffen werden, dass sie in der Sitzung des Kreistages berücksichtigt werden können. Dann gibt es eine andere Basis für die Beratung und Entscheidung als zum jetzigen Zeitpunkt, wo nur Eventualitäten bekannt sind. Wenn sich ergibt, dass Hilfe benötigt wird, dann besteht die Bereitschaft, den Weg mitzugehen und sich gegebenenfalls auch für eine entsprechende Initiative Richtung Land einzusetzen.

Herr Heinrichs äußert sein Unverständnis, dass eine Meinungsäußerung und Positionierung, die dem Kreis zusteht, einem Misstrauen gegenüber dem VRR gleichkommen soll. Seiner Meinung nach ist es das Ansinnen des VRR, das Sozialticket beizubehalten. Jede Form der Unterstützung zeigt dem VRR, dass dessen Ansinnen unterstützt wird und sich auch andere Gedanken zu der Thematik machen. Es ist davon auszugehen, dass der VRR eine entsprechende Unterstützung nicht bemängeln sondern froh darüber sein wird.

Der Kreisausschuss lässt den Tagesordnungspunkt einvernehmlich passieren.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 728 /WP14

Pflegeschnitte an den Sichtachsen am Moritzpark

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.10.2017

Frau Höhn führt aus, dass der Antrag nicht nur eine Durchführung der Arbeiten sondern auch eine Sicherstellung der zukünftigen Finanzierung zum Inhalt hat. Die Arbeiten müssen kontinuierlich jedes Jahr durchgeführt werden.

Landrat weist darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag nach dem Verständnis der Verwaltung nicht um einen Antrag zum Haushalt handelt, sondern um einen Antrag zur einmaligen, zeitnahen Durchführung der Pflegeschnitte.

Frau Höhn erklärt, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Antrag zurücknimmt und einen neuen Antrag einbringen wird.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 725 _1/WP14

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
Entwurf des Nahverkehrsplanes des Kreises Kleve

Herr Engler fragt, ob die Kommunen von Seiten der Kreisverwaltung getrennt aufgefordert werden, zu dem Entwurf des Nahverkehrsplans Stellung zu nehmen.

Landrat antwortet, dass dies bereits geschehen ist. Den Kommunen ist der Zeitplan mitgeteilt worden. Die Frist für die Stellungnahmen der Kommunen ist der 19.01.2018, damit eine Auswertung durch die Verwaltung und auch im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung erfolgen kann.

Frau Eicker führt aus, dass versuchsweise für ein Jahr, mit einem kleinen Bus, eine Linie von Genep über Siebengewald bis zum Bahnhof Goch eingeführt werden soll (Linie 68). Sie fragt, ob dies dem Kreis Kleve bekannt ist und es einen Informationsaustausch diesbezüglich gibt.

Landrat sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu. Er weist darauf hin, dass sich der Nahverkehrsplan des Kreises Kleve auf nicht schienengebundenen Regionalverkehr bezieht, nicht auf grenzüberschreitenden Verkehr.

Herr Engler führt aus, dass der Stadt Goch von der Linie 68 nichts bekannt ist.

Herr Düllings erklärt, dass bei der Aufstellung des Nahverkehrsplanes eine Beteiligung der niederländischen Provinzen erfolgt. Sollte eine entsprechende Beteiligung von Seiten der Niederlande nicht erfolgen, würde ihn dies verwundern.

Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 20 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 654 /730/WP14

Mitteilungen

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilungsvorlagen 654/WP14: Geschäftsbericht für den Peter-Albers-Studienfond 2016 und 730/WP14: Übertragung der Aufgaben des Straßenbaus auf die Kreis Kleve Bauverwaltung GmbH (KKB GmbH) zur Kenntnis.

Landrat gibt eine mündliche Mitteilung zur Besucherlenkung in der Ausländerbehörde des Kreises Kleve. Die Kreisverwaltung hat einen neuen Wartebereich für die Kundinnen und Kunden der Ausländerbehörde in Betrieb genommen, der um 06.00 Uhr durch einen Ordnungsdienst geöffnet wird (Nassauerallee 81).

Frau Eicker führt aus, die Verbesserungen zu begrüßen. Sie regt an, eine Zweigstelle der Ausländerbehörde des Kreises Kleve für das südliche Kreisgebiet einzurichten. Es hat Fälle gegeben, in denen Personen aus dem südlichen Kreisgebiet angereist sind und unverrichteter Dinge wieder gehen mussten.

Landrat bestätigt, dass Kontingentierungen vorgenommen werden. Die Personalkapazitäten sind trotz aller getroffenen Maßnahmen nicht vorhanden. Ein Grund ist die notwendige Einarbeitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese dauert rund ein Jahr und bindet Personen, die bereits eingearbeitet sind. Eine Änderung ist im Moment nicht möglich und es wird auch noch geraume Zeit dauern, bis es, wenn überhaupt, zu einer Entspannung kommt. Die Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist da. Es wird versucht, so viel wie möglich abzarbeiten. Die Errichtung einer

Zweigstelle im südlichen Kreisgebiet hätte noch geringere Kapazitäten zur Folge, da Dinge doppelt vorgehalten werden müssten. Auch kann nicht für alle ausländerrechtlichen Vorgänge eine Terminvergabe eingerichtet werden, ohne dass zeitliche Kapazitäten verschrenkt werden. Es ist ein sehr komplexes Thema. Es gibt Probleme, aber es gibt derzeit nicht die Möglichkeit, mehr zu tun, als das, was getan wird.

Herr Franken bezeichnet das Erreichte als einen richtigen humanitären Schritt. Die Kreisverwaltung ist in einem kontinuierlichen Optimierungsprozess. Er gibt die Anregung, den Fraktionen Pressemitteilungen als Durchschrift zukommen zu lassen.

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Anfragen

Frau Höhn führt aus, dass wiederholt aufgefallen ist, dass bei den Protokollen der unterschiedlichen Sitzungen ein Abstimmungsergebnis als einstimmig wiedergegeben wird, obwohl es auch eine oder mehrere Enthaltungen gegeben hat. Es wird eine detaillierte Wiedergabe in den Protokollen gewünscht, zum Beispiel einstimmig bei 2 Enthaltungen.

Landrat nimmt die Anregung auf. Er erklärt, dass Enthaltungen keine Auswirkungen auf die rechtliche Einstimmigkeit haben. Die Benennung der Enthaltungen macht das Abstimmungsergebnis jedoch deutlicher.

Frau Höhn fragt, ob dem Kreis Kleve bekannt ist, dass es in Kranenburg-Mehr, An der alten Molkerei / Wibbeltstraße, ein problematisches Objekt gibt (Alte Molkerei). Dieses Objekt wird vorwiegend von osteuropäischen Familien bewohnt. Die Zustände sind unhygienisch. Zudem sind eingeschlagene Fenster und weitere Beschädigungen festzustellen. Die Gemeinde Kranenburg verweist auf die Zuständigkeit des Kreises Kleve.

Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.

- - - - -